

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

40 (17.2.1908)

Die Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementpreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 3 Mark, vierteljährlich 8 Mark. In der Expedition und in den Abgabenstellen monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2 Mark 20, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2 Mark 25 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/2 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein.
Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 Uhr.

Druck und Verlag
Verlagsgesellschaft & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Redaktion, Besondere Post Beilagen und
Unter-Beilage: H. Weißmann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Zur Lage der russischen Arbeiterbewegung.

Die russische Arbeiterschaft macht momentan eine schwere Krise durch. Diese Krise ist zweifacher Natur. Zunächst ist sie eine organisatorische. Fast alle Organisationen sind zertrümmert, sowohl die politischen wie gewerkschaftlichen und zum Teil auch die genossenschaftlichen. Die sozialistischen Komitees in allen Städten führen ein kümmerliches Dasein. Flugblätter, Versammlungen und andere Kundgebungen sind so gut wie zum Stillstand gekommen; die periodische Presse ist total ruiniert. Die Gewerkschaften sind etwas besser dran, aber auch hier sind nur Reste einer großen Bewegung zu erblicken. In mehreren Städten sind die Gewerkschaften vollkommen ausgerottet und nur in Petersburg sowie den nördlichen und südlichen Gouvernements ist noch etwas von ihnen übrig geblieben. Die reiche gewerkschaftliche Arbeiterschaft ist verschwunden, nur ein paar Blättchen erblicken das Licht der russischen Öffentlichkeit. Die Organisationen, die früher Tausende von Mitgliedern zu verzeichnen hatten, zählen ihren Mitgliederbestand heute an den Fingern ab. Der Versuch, die Gewerkschaften insgeheim zu reorganisieren, ist mißlungen. Solche Massenbewegungen scheitern sich ja nicht im Verborgenem organisieren.

Zimmer noch etwas besser geht es den Genossenschaften: Sie leiden zwar an verschiedenen Schikanen, aber bis jetzt verfolgt man sie nicht in solchem Maße wie die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Die Genossenschaften machen ziemlich große Eroberungen in der Provinz und besonders unter den Bauern. In Petersburg hat der Konsumverein „Trudovoj Sojus“ (Arbeiterverein) im Jahre 1906 und 1907 einen Umsatz von 189 920 Mk. erreicht. Das Anteilkapital beträgt 155 520 Mark. Die vorläufig noch ziemlich günstige Lage der Genossenschaften kann natürlich nicht entschädigen für die Verluste, die die Arbeiterbewegung an den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erlitten hat. Diese Verluste sind umso schädlicher, als sie zu einer ideologischen Verwirrung führten, zu einer Verwirrung in den Anschauungen. Die heillose Zerfahrenheit, die in den sozialistischen Organisationen herrscht, der ewige Streit zwischen den zahllosen Fraktionen und Schattierungen des russischen Sozialismus, führten zur Diskreditierung der überlieferten Anschauungen und teilweise auch zum direkten Mißtrauen gegen jegliche Ideologie. Auf diesem Boden konnte der Anarchismus und der Syndikalismus sich ippig entfalten, und die geistige Verwirrung noch weiter zu steigern. Diese Verwirrung ist wohl das traurigste an der ganzen Krise. Denn nichts ist konservativer als die menschliche Psychologie, und es wird viel Mühe und Arbeit kosten, bis man die nebulozen und verkehrten Gedankengänge des Anarchismus, Syndikalismus und Sozialrevolutionarismus aus den Köpfen der Arbeiter vertrieben hat.

Ein Trost ist dabei, daß die Arbeiterschaft jetzt immer mehr Aufmerksamkeit der theoretischen Arbeit widmet. Zahlreiche Kurse und Vorträge, die die bürgerlichen Akademiker in der letzten Zeit überall veranstalteten, werden in der Regel von Arbeitern überfüllt. Man will lernen, man will sich orientieren, man will aus der geistigen Knechtung entfliehen. Und die so zum eigenen Denken erzogenen Köpfe werden auch schon bald in der Lage sein, aus dem ihnen überlieferten Wissensstoff die Spreu von dem Weizen zu sondern. Der russischen Arbeiterbewegung fehlte es bis jetzt noch im höchsten Maße an intelligenten Kräften, die aus der Arbeiterschaft selbst kamen. Der Einfluß der bürgerlichen Intelligenz wackelte beständig über, was nicht immer vorteilhaft war. Wird jetzt eine Arbeiterintelligenz geschaffen, so wird ihr Wissen eine Bürgschaft für die Steigert der Bewegung sein. Die Konflikte, die zwischen der Arbeiterschaft und der Intelligenz hier und da stattgefunden haben, werden aufhören und für gefährliche avanturistische Experimente, für die die Revolutionären aus bürgerlichen Kreisen so zugänglich sind, wird sich in der Arbeiterschaft kein Platz finden. Die gesunde Entwicklung der Bewegung wird dann gesichert sein.

Deutsche Politik.

Das elsässische Militär und das Wahlrecht zum Landesauschuß.

Ein Parteigenosse erhielt von seinem Freunde, der sich zurzeit auf Staatskosten ernährt, kürzlich einen Brief. Darin wird auf die Vorgänge hingewiesen, die sich in einer Garnisonstadt in Elsaß während einem der letzten Tage im Januar abgepielt hatten. Lassen wir den Briefschreiber selbst sprechen. Er schreibt u. a.:

... Ich muß Dir etwas mitteilen, was jedenfalls während Deiner Militärzeit bei Euch nicht vorgekommen ist. Am 26. Januar wurden hier einige sozialdemokratische Versammlungen abgehalten. Da hatten die Großen im Rate Angst, es würde ein Aufruhr entzünden und deshalb wurden drei Regimenter in Bereitschaft gehalten, um vielleicht — den Junkern ihr Zeug zu schütten. Einige Kompagnien gingen soweit, jedem Manne 60 — in Worten sechzig — blaue Bohren zu geben. Auch wurden wir noch über den Waffengebrauch unterrichtet.

Die Art, wie der Briefschreiber hier an seinen Freund berichtet, trägt nicht den Stempel der Erfindung. Am 26. Januar demonstrieren bekanntlich die elsässischen Genossen für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts zum Landesauschuß. Und dabei 60 Patronen auf einen Mann?! Natürlich nur gegen den „inneren Feind“.

Bewegung der bayerischen Kommunalbeamten und Bediensteten.

Die Gemeindebeamten und Bediensteten in Bayern haben sich in dem Verband der gemeindlichen Verwaltungspersonals eine Organisation geschaffen, die jetzt mit einem Reformprogramm zur Verbesserung der Anstellungen, Besoldungs- und Pensionsverhältnisse hervortritt. Das Programm, das als Vorschlag für die Grundzüge einer Aenderung der Gemeindeordnung bezeichnet wird, verlangt u. a. die Beseitigung der Möglichkeit, daß die Gemeinden sich auf dem Wege des Privatdienstvertrages die nötigen Hilfskräfte verschaffen. Die Gemeinden, die dauernd eines Personals bedürfen, sollen die erforderlichen Stellen in ihren Haushaltsplan einstellen. Es wird vorgeschlagen, die Anstellung aller in dauernder Stellung genommener Beamten und Bediensteten solle, nach dem Vorbild des preussischen Kommunalbeamtengesetzes durch Aushändigung einer Anstellungsurkunde erfolgen, die über alle Rechtsverhältnisse der Angestellten Aufschluß gibt. In allen Gemeinden mit über 5000 Einwohnern soll die Errichtung von Beamten- und Bedienstetenauschüssen gesetzlich vorgeschrieben werden. Nach fünfjähriger Dienstzeit soll in der Regel die Bezeichnung als „Unterdante“ erhalten. Das Pensionsrecht, das zwar in den meisten Städten schon gewährt wird, aber nur eine freiwillige Leistung darstellt, soll gesetzlich festgelegt werden. Die Staatsregierung soll eine allgemeine Pensionskasse für die Angestellten der Gemeinden errichten, die nicht schon eigene Kassen haben. Die Dienstzeit, die der Angestellte im Dienste anderer Gemeinden des Staates oder Reiches zugebracht hat, soll als pensionsfähig angerechnet werden. Ferner wird eine Verbesserung der Disziplinarbestimmungen, der Vorruhestandsverhältnisse, die Vorauszahlung der Gehälter usw. verlangt.

Jugendgerichtshöfe. In der Justizkommission des preussischen Abgeordnetenhauses wurde der Antrag Schiffer (ntl.) über die Einrichtung von Jugendgerichten eingehend beraten. Es wurde beschlossen, dem Hause eine Resolution des Inhalts vorzuschlagen, daß die Staatsregierung 1. im Bundesrat für die Reform des Strafrechts, des Strafverfahrens und des Straf Vollzuges in Beziehung auf jugendliche Personen eintreten solle; 2. nach Möglichkeit versuchen solle, bis zum Erlass eines solchen Gesetzes in einer bereits angestellten Verfahren entsprechende Weise auf dem Boden des bestehenden Rechts im Wege der Verwaltung das Strafverfahren gegen jugendliche Personen auszugestalten.

Ausland.

Schweiz.

Propaganda für den Achttundentag in der Volksschule. Im Reifstaden für „Gesundheitslehre für die Fortbildungsschule“ des Kantons Thurgau findet sich unter der Ueberschrift „Arbeitsruhe“ folgende verständige Aeußerung über den Achttundentag:

„Fabrikarbeiter finden die beste Erholung in Garten- und Feldarbeit. Den oft mißachteten Forderungen dieser Volksklassen: acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung und acht Stunden Schlaf, sollte früher oder später doch entsprochen werden können, sofern die Bedingung erfüllt wird, daß die Leute ihre Erholung wirklich in der Arbeit im Freien, nicht aber im Müßiggang und bloß im Wirtshaus suchen.“

Abgesehen von dem sehr überflüssigen Zusatz, ist die Bewertung des Achttundentags für die Arbeiter eine durchaus zutreffende. Die gewerblichen Lehrlinge in der Fortbildungsschule werden sich gerne mit diesem Gedanken vertraut machen.

Badische Politik.

Zur Finanzlage in Baden.

Nach der Vergleichung der Budgetfähe und der Rechnungsergebnisse für 1907, wie solche von der Groß. Regierung nach dem vorläufigen Ergebnis aufgestellt worden ist, beträgt der Einnahme-Überschuß für das letzte Jahr bei der allgemeinen Staatsverwaltung im ordentlichen Etat 7 072 084,96 Mk. Der Netto-Aufwand des außerordentlichen Etats für 1907 beläuft sich auf 4 954 511,60 Mk. Nach Deduktion des letzteren verbleibt ein restlicher Einnahme-Überschuß von 2 117 573,36 Mk., welcher Betrag dem umlaufenden Betriebsfond zugewachsen ist. Dieser erreichte damit am 31. Dezember 1907 einen Stand von 18 572 536,37 Mk.

So also sieht die „gespannte Finanzlage“ aus. Wir haben in der verfloffenen Budgetperiode aus den Überschüssen des ordentlichen Etats nicht nur die zirka 10 Millionen betragenden Ausgaben des Extraordinariums bestritten, sondern darüber hinaus noch einen Überschuß in Höhe von rund 3 1/2 Millionen gemacht, die dem umlaufenden Betriebsfond zugewachsen wurden. Angesichts dieser Ergebnisse gehört ein gewisser Mut dazu, von einer gespannten Finanzlage zu reden. Allein man ist das ja in Baden nachgerade gewöhnt.

Das Reichstagswahlrecht paßt nicht für Preußen.

So sprach nicht etwa nur der preussische Ministerpräsident von Bülow im preussischen Landratsparlament, so sprechen nicht nur preussische Junker, nein es gibt auch in Baden „Politiker“, welche sich mit ähnlichen Aeußerungen im liberalen Musterstaate an die Öffentlichkeit wagen. Von vornherein muß man solchen Leuten allerdings einen Umstand als Milderungsgrund gelten lassen: Sie stehen an der Spitze des jüngst in Freiburg gegründeten konservativen Vereins. Die politischen Richtlinien dieser famosen Neuerscheinung auf dem politischen Markte Badens haben wir seinerzeit zur Genüge charakterisiert. In der letzten Monatsversammlung überraschte der erste Vorsitzende, Geschichtsprorffor Hofrat von Below die Mitglieder mit folgender Weisheit über das Reichstagswahlrecht:

Für die süddeutschen Staaten übt das allgemeine und gleiche Wahlrecht ihrer besonderen Verhältnisse halber weniger ungünstige Wirkungen aus, dagegen muß vor seiner Einführung in Staaten wie Sachsen und den freien Hansestädten dringend gewarnt werden. Vor allem aber ist die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen abzulehnen, eines teils mit Rücksicht auf Preußen selbst, andernteils erfodere dies das Interesse des Reiches.

Gefchadet haben diese sonderbaren Darlegungen über eine der wichtigsten politischen Tagesfragen den Mitgliedern des Freiburger konservativen Vereins, welche sie anhören mußten, nichts. Und das ist am Ende auch etwas wert.

Landtagsabgeordneter Ried

erläßt folgende Dankfagung: „Den 3014 Wählern am 8. Februar allen ohne Unterschied aufrichtigen und herzlichen Dank! Der durch den Wahlausfall so unabweidung zum Ausdruck gebrachte Willen der Mehrheit berechtigt zu den besten Hoffnungen für die Zukunft.“

Die Monatsversammlung des demokratischen Vereins in Rastatt begrüßte in einer Resolution den liberal-sozialdemokratischen Stichwahltag in Schoßheim-Schnaun als gutes Vorzeichen für die nächsten Neuwahlen zum badischen Landtag und für ein ferneres Zusammengehen aller unterschiedenen liberalen und kulturfördernden Elemente.

Los vom Reichsblock!

So rufen auch die Karlsruher Demokraten. Herr Landtagsabgeordneter Heimbürger äußerte sich in der am vorigen Freitag abgehaltenen Generalversammlung des demokratischen Vereins Karlsruhe über den Fortbestand der Reichskanzlerkassen wie folgt: „Wir sind alle darin einig, daß uns an dem Fortbestand der Reichskanzlerkassen nichts mehr gelegen ist! Wir können, wenn Bülow geht, auch den kommenden Dingen ruhig entgegensehen. Wenn auf der anderen Seite auch ein wohl gewis ist, daß sein Nachfolger wieder eine Mehrheit mit dem Zentrum suchen wird. Aber diese Situation bringt dann doch eine parteipolitische Befreiung mit sich. Denn, wenn einmal reaktionäre Politik gemacht werden soll, so ist es für uns vorteilhafter, wenn wir an der Firma, unter

Begleitfahriger Tötung sind am 15. Oktober v. J. vom ...

Konjunktionsgefuche. Dem Bezirkamt werden vom Städt...

Eine Mutter gesucht. Nach einer Fahndung der ...

Brand bei Haid und Neu. In verlassener Nacht gegen ...

Bereine und Versammlungen. Radolfzell, 13. Febr. Die am 9. Februar hier im „Alder“ ...

Die Beisetzung des Gen. Kloß

fand gestern Nachmittag in Stuttgart unter ungemein zahlreicher Beteiligung der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft statt.

Letzte Post.

Ausstand in Zenthern. In Zenthern bei Buchal stehen sämtliche Arbeiter der Zecherfabrik im Ausstand.

Hohe Strafe wegen Raifertleidigung. Mühlhausen i. G., 15. Febr. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit fand vorgestern hier vor der Strafkammer ...

Der Würzburger Modernistenprozeß wird ein Nachspiel bekommen. Wie das Würzburger Journal ...

Immunität der bayerischen Landtagsabgeordneten. München, 16. Febr. Die sozialdemokratische Fraktion ...

Verbotener Fadelzug für Schnitzer. München, 15. Febr. Der Fadelzug, den die Studenten heute dem Professor Schnitzer bringen wollten, ist verboten ...

setzten Behörde aufgefordert, auf zwei neue Anklagepunkte eine Erklärung abzugeben.

Das 25 Pf.-Stück. Berlin, 15. Febr. Die Vorlage über das 25 Pf.-Stück ist zusammen mit einer Novelle zum Münzgesetz ...

Eulenburg und Gardon. Berlin, 15. Febr. Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht I hat Maximilian Gardon benachrichtigt, daß ein Strafantrag ...

Die Folgen des portugiesischen Attentats. Lissabon, 15. Febr. Das Blatt „Diario“ veröffentlicht einen Erlaß, welcher die durch Franco abgesetzten Generale und Gemeinderäte ...

Ausstand der Mailänder Gasarbeiter. Mailand, 15. Febr. Wiederum ist ein Ausstand der Gasarbeiter ausgebrochen.

Die Lage in Rußland. Warschau, 15. Febr. Gestern versuchte eine Bande von Terroristen in der Nähe des Bahnhofes von Szymbowice einen Postzug ...

Petersburg, 15. Febr. Der Duma-Abgeordnete Kolybakin wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wegen „aufrührerischer Reden“.

Freiburg. An die Mitglieder des Lebensbedürfnisvereins! Dienstag, den 18. Februar, abends halb 9 Uhr, Vortragsveranstaltung bei Santo, Poststraße.

Wasserstand des Rheins. Montag, den 17. Februar, morgens 6 Uhr: Schifferinseel 0,93, gest. 8 cm, Rehl 1,36, gest. 2 cm, Magau 2,85, gest. 3 cm, Mannheim 2,10, gest. 7 cm.

Verfiet gelesene Volksfreund-Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter!

Bekanntmachung. Nr. A. 1087. Die Erhebung der Beiträge für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung betreffend.

Ständebuchauszüge der Stadt Durlach. Geburten vom 5. bis 9. Febr.: Pauline, V. Leopold Seger, Fabrikarbeiter.

Frankenunterstützungsband d. Schneider. Lokal „Weißer Berg“, Ludwigplatz. Am Montag den 17. Februar, abends halb 9 Uhr, findet unsere vierteljährliche Quartals-Versammlung statt.

Die Ortsverwaltung. J. R. Peter Nees.

Unser erster direkter Waggon spanische Blut-Orangen. tadellos süße Frucht. mittlere Stück 4.-, Duzend 45.-, große Stück 5.-, Duzend 55.-, größte Stück 7.-, Duzend 75.-. Pfannkuch & Co. G. m. b. H. 724. in den besten Verkaufsstellen. Thüringer Wurstwaren! W. Sperlhake, Mainstraße 1a.

Konsumverein f. Bruchsal u. Umg. Eingetr. Genossenschaft m. b. Haftpflicht. Wir laden hiermit unsere Mitglieder und Frauen zu der ordentlichen General-Versammlung auf Sonntag den 23. Februar 1908, nachmittags 3 Uhr, im Gasthause „Zur Rose“ ein.

Verfiet gelesene Volksfreund-Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter!

W. Sperlhake, Mainstraße 1a. Wein-Laben! Bestellung per Postkarte genügt.

784

784

